

---

---

## Replik

HANNES SWOBODA

---

---

Johannes Hawlik geht bei seiner Replik auf meinen Beitrag „Finanzkrise aus Wiener Sicht“ grundsätzlich von einer falschen Voraussetzung aus. Weder ging, noch geht es mir um eine Schuldzuweisung bezüglich Wiens finanzieller Probleme. Es gilt vielmehr, einzelne Sonderfaktoren aufzuzeigen, die im Zusammenhang mit der finanziellen Situation der Bundeshauptstadt Wien von Bedeutung sind. Hingegen unternimmt Hawlik sehr wohl den Versuch, in ein paar Sätzen einerseits die Weltwirtschaftskrise, andererseits die Ursachen für die finanziellen Probleme der Stadt Wien zu erklären und festzuhalten. Dabei scheint es mir, allzu simpel zu sein, die Wirtschaftskrise als primär „hausgemacht“ zu erklären.

Ebenso sind die spärlichen Erklärungen für die speziellen Probleme der Stadt Wien zu kurz geraten. Es wird nämlich überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, daß nicht nur die Großstadt Wien von Problemen wie der Bevölkerungs- und Betriebabwanderung, dem stärkeren Rückgang des Wachstums und steigenden Arbeitslosenraten gekennzeichnet ist, sondern, daß dies Phänomene sind, die fast alle größeren Städte der westlichen Welt betreffen. Wenn man sich die entsprechenden Unterlagen aus anderen Städten ansieht, z. B. solche, die im Rahmen der OECD erstellt wurden, so wird ein ziemlich einheitli-

ches Muster großstädtischer Entwicklung deutlich. Führt man jedoch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf konkrete politische Entscheidungen und Maßnahmen im Bereich der Stadt Wien zurück, müßte man zumindest die Ursachen für das zufällige Gleichlaufen der Entwicklungen in Wien und anderen Großstädten zu deuten versuchen.

Es soll in diesem kurzen Beitrag nicht näher auf die wirtschaftliche Entwicklung Wiens und die von Hawlik angeführten Daten eingegangen werden. Es muß allerdings darauf verwiesen werden, daß die Entwicklung sehr unterschiedlich ausfällt, je nachdem welche Periode betrachtet wird. So ist z. B. gerade in den letzten Jahren die quantitative und qualitative Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe relativ positiver zu sehen als dies noch zu Mitte der siebziger Jahre der Fall war.

Was nun die finanzielle Situation der Stadt Wien in Relation zu anderen Bundesländern, bzw. zum Umland betrifft, so ging es mir dabei nicht um die Frage, ob die Wiener Bevölkerung durch Investitionen außerhalb Wiens stärker belastet ist, als die „Nicht-Wiener“ durch Investitionen oder andere öffentlichen Ausgaben in Wien. Es ist schier unmöglich, diesbezüglich eine Bilanz zu ziehen. Es war vielmehr Aufgabe und Absicht meines Beitrags, darauf hinzuweisen, in welchen Bereichen aus der Sicht der Stadt Wien ein deutliches Ungleichgewicht der finanziellen Belastungen besteht. Dies scheint mir umso wichtiger zu sein, als die umgekehrte Sicht, der Verweis auf den „Wasserkopf Wien“, der Ressourcen verschlingt, die den übrigen Bundesländern zugute kommen müßte, zumindest korrigiert werden sollte. Die behutsame Wortwahl und der Hinweis, daß aus einer geänderten Finanzausgleichsstrategie nicht nur Wien, sondern auch andere Länder bzw. vor allem Städte gewinnen würden, sollte deutlich machen, daß hier nicht auf chauvinistische und lokalpa-

triotische Art und Weise Vorteile für Wien reklamiert werden sollten.

Was nun die ausführliche Zitierung des Finanz- und Investitionsplans der Stadt Wien betrifft, so ist grundsätzlich Vorsicht angebracht. Ich habe selbst in meinem Beitrag die Problematik des Finanz- und Investitionsplans sowohl auf der Einnahmen, sowohl auf der Ausgabenseite dargestellt, und im übrigen den Verschuldungsgrad der Stadt so korrigiert, daß jener Schuldenstand in den Vordergrund gerückt wurde, der die Stadt direkt belastet.

Zuzustimmen ist Hawlik sicherlich, daß die Betriebs- und sonstigen Folgekosten verschiedener Investitionsprojekte in den nächsten Jahren eine größere Rolle spielen werden. Dabei ist das unqualifizierte Aufzählen der einzelnen Projekte, wie AKH, U-Bahn-Bau, Sozialer Wohnbau, Konferenzzentrum sehr irreführend. Die Belastungen mit Folgekosten bei den einzelnen Projekten sind nämlich sehr unterschiedlich. An erster Stelle steht sicher das AKH bei dem die jährlichen Betriebskosten einen relativ hohen Aufwand in Relation zu den Investitionskosten darstellen. Schon weniger ist dies beim U-Bahn-Bau der Fall. Zwar fallen auch hier höhere Betriebskosten an, auf der anderen Seite ist aber ein stärkerer Beitrag zur Ausgabendeckung durch Frequenzsteigerungen zu erwarten. Beim sozialen

Wohnbau und dem Konferenzzentrum sind keine Folgekosten für das Budget in diesem Ausmaß zu befürchten.

Die weltwirtschaftliche Situation mit ihren Auswirkungen auf Österreich hat auch negative Folgen für die finanzielle Situation der Stadt Wien. Hinzu kommen die betrieblichen Abwanderungstendenzen die vor allem darin begründet liegen, daß die Größen- und Lagevorteile einer Stadt bei geänderten Kommunikationsmitteln (von den Verkehrsmitteln bis zu Systemen der Telekommunikation) zunehmend geringer werden.

Auf der anderen Seite ist es sicherlich richtig, daß Investitionsprojekte, die in Zeiten hohen Wirtschaftswachstums begonnen worden sind, nun den Investitionshaushalt relativ stark einengen. Andererseits werden die Folgekosten auch den laufenden Aufwand in den nächsten Jahren und Jahrzehnten belasten. Dadurch wird sowohl eine beschäftigungsorientierte Budgetpolitik als auch die Wahrung des sozialen Netzes schwieriger. Aber durch nichts läßt sich belegen, daß sich der Spielraum für Investitionen dem Nullpunkt nähert, wie dies Hawlik behauptet. Und was die Redimensionierung öffentlicher und privater Aussprüche betrifft, so kommt es wesentlich darauf an, Prioritäten zu setzen, die den sozialen und solidarischen Charakter der Kommunalpolitik zum Ausdruck bringt.